

Meinungen



Die Krise in Griechenland: «Ich habe Hunger», steht auf dem Kartonschild des bettelnden Mannes. Foto: Orestis Panagiotou (Keystone)

Tribüne Wenn die Europäer entschlossen handeln, bietet die Krise die Chance für eine grundlegende Veränderung der Europäischen Union. *Joschka Fischer*

Die grosse Transformation der EU

Der griechische Philosoph Heraklit kam bereits vor über 2500 Jahren zur Einsicht, der Krieg sei der Vater aller Dinge. Er hätte hinzufügen können, dass es sich bei der Krise um deren Mutter handelt. Gott sei Dank ist heute der Krieg zwischen den Weltmächten wegen der gegenseitigen thermonuklearen Vernichtungsdrohung keine realistische Option mehr. Dies gilt allerdings nur für die oberste Etage, nicht für Rand- und Bruchzonen der Weltpolitik.

Krisen aber, auch Weltkrisen, wie jene Weltfinanzkrise seit 2008, sind dadurch mitnichten Geschichte geworden. Und Krisen führen ebenfalls zu fundamentalen Erschütterungen des Status quo, ohne allerdings über die destruktive Kraft des Krieges zu verfügen. Die Krise ist immer auch eine Chance für Veränderungen, die in normalen Zeiten kaum möglich sind.

Der Zwang zur Überwindung der Krise erfordert Handlungen, die vorher kaum denkbar, geschweige denn machbar gewesen wären. Genauso ergeht es der EU seit nunmehr drei Jahren, seit die globale Finanzkrise nicht nur Europa in den Grundfesten erschüttert, jedoch nur in Europa eine existenzbedrohende Dimension angenommen hat.

Die Krise hat Tabus abgeräumt
Blickt man auf den Beginn des Jahres 2009 zurück, so haben wir es im Vergleich zu damals mit einer wesentlich anderen EU zu tun: Die EU ist zerfallen in eine Vorhut von Mitgliedstaaten, welche die Eurogruppe bilden, und eine Nachhut der Mitglieder ausserhalb der Eurogruppe. Dahinter steckt keine böse Absicht, sondern allein der Druck der Krise. Denn die Eurogruppe muss handeln, soll der Euro überleben; die anderen stehen aussen vor.

All die Tabus, die meisten davon auf deutsches Betreiben errichtet – jeder rettet seine eigenen Banken; das Bail-out-Verbot aus dem Europäischen Vertrag; keine Wirtschaftsregierung; das Verbot der Staatsfinanzierung durch die Europäische Zentralbank (EZB); keine gegenseitige Schuldenhaftung; und die Verwandlung der EZB von einer Kopie der alten Bundesbank hin zu einer europäischen Federal Reserve Bank nach angelsächsischem Vorbild – sind mittlerweile durch den Krisendruck abgeräumt worden, und zwar am Ende unter tätiger Mithilfe der deutschen Bundesregierung.

Was bleibt, ist noch die Ablehnung von Eurobonds, aber auch diese werden kommen, die Frage ist nur: Geschicht dies vor oder nach der deutschen Bundestagswahl? Antwort: Das hängt vom Verlauf der Krise ab.

Deutschland, das wirtschaftlich stärkste Land in der EU, spielt in dieser Krise eine merkwürdige, ja bisweilen

bizarre Rolle. Das Land ist so stark wie nie seit der Gründung der Bundesrepublik 1949 und faktisch zur Führungsmacht der EU geworden, gleichwohl zur Führung eigentlich nicht willens und in der Lage. Gerade deshalb ist ein Grossteil der Veränderungen gegen seinen Widerstand durchgesetzt worden, sodass seiner Regierung am Ende immer nur die Kunst der Kehrtwende blieb. Zudem wird das so starke Deutschland institutionell immer schwächer. Man nehme dafür nur den reduzierten Einfluss Deutschlands im Zentralbankrat der EZB als Beispiel.

Und den 6. September 2012 wird man sich merken müssen, denn an jenem Tag fand im Zentralbankrat der EZB in Frankfurt am Main die Grablegung der alten Bundesbank gegen den Protest ihres Präsidenten statt. In jener Sitzung wurde die Möglichkeit eines unbegrenzten Ankaufs von Staatsanleihen der Krisenländer in der Eurogruppe gegen eine Gegenstimme beschlossen. Der Bestatter hiess keineswegs Mario Draghi, sondern vielmehr Angela Merkel.

Die Bundesbank war dabei nicht einer finsternen «südlischen» Verschwörung zum Opfer gefallen, sondern hatte sich selbst verabschiedet. Denn wäre die Eurogruppe der Politik der Bundesbank gefolgt, so gäbe es sie heute nicht mehr. Ideologie statt praktische Lösungsansätze – das kann in einer solchen tiefen Krise niemals gut gehen.

Die Euro-Gruppe steht gegenwärtig an der Schwelle zu einer Bankenunion. Darauf wird die Fiskalunion folgen, und schon mit der Bankenunion wird der Druck zu einer politischen Union immer grösser werden.

Vertragsänderungen zu 27 (oder mit Kroatien 28) wird es nicht geben können, nicht nur wegen Grossbritannien, sondern auch wegen der dann fälligen Referenden in zahlreichen Mitgliedstaaten. Diese würden gewiss zur

Europäer haben allen Grund, optimistisch zu sein, wenn sie die Krise als Chance begreifen.

Abrechnung mit der Krisenpolitik der nationalen Regierungen werden, und dies wird keine Regierung wollen, solange sie noch bei klarem Verstand ist. Für längere Zeit wird es also nur mit der Hilfsbrücke zwischenstaatlicher Verträge gehen, und das heisst: Die Eurogruppe wird sich in Richtung eines intergouvernementalen Föderalismus entwickeln. Das wird spannend, denn es werden sich dabei völlig ungeahnte Möglichkeiten für die politische Integration bieten.

Sarkozy hat sich durchgesetzt

Nicolas Sarkozy hat sich am Ende doch durchgesetzt, denn die Eurogruppe wird bereits heute faktisch von einer Wirtschaftsregierung geführt, nämlich von den Staats- und Regierungschefs (und ihren Finanzministern). Diese Entwicklung sollten EU-Föderalisten verstärken, denn je mehr die Staats- und Regierungschefs durch die Krisendynamik zur Regierung der Eurogruppe werden, desto mehr werden sie ihre bisherige Doppelrolle als Exekutive und Legislative im Europäischen Rat obsolet machen.

Das Europäische Parlament (EP) wird das sich abzeichnende Vakuum nicht ausfüllen können, da ihm die Budgetsouveränität fehlt, die bei den nationalen Parlamenten liegt und dort auch für unabsehbare Zeit verbleiben wird. Nur die nationalen Parlamente können also dieses Vakuum füllen. Sie brauchen daher eine gemeinsame Plattform in der Eurogruppe, eine Art Eurokammer, mit der sie die Wirtschaftsregierung kontrollieren können.

Die Föderalisten im EP und in Brüssel allgemein sollten sich dadurch nicht bedroht fühlen, sondern die einmalige Chance sehen und nutzen. Nationale und europäische Parlamentarier sollten sich daher sehr schnell zusammensetzen und ihr Verhältnis klären, denn auf mittlere Sicht könnte daraus ein Europäisches Parlament mit zwei Kammern entstehen.

Wie gesagt, diese Krise ist eine Chance. Sie hat die Agenda der kommenden Monate und Jahre definiert: Bankenunion, Fiskalunion, politische Union. Was fehlt ist eine Wachstumsstrategie für die Krisenländer, aber auch diese ist unausweichbar, je grösser die Unruhe im Süden werden wird. Die Europäer haben allen Grund, optimistisch zu sein, wenn sie diese schwere Krise als Chance begreifen und entschlossen handeln.

Joschka Fischer, Mitgründer der deutschen Grünen, war von 1998 bis 2005 in der Bundesregierung deutscher Aussenminister und Vizekanzler.

© Project Syndicate, 2012

Tribüne Rund 40 000 Personen im Kanton Bern leiden direkt oder als Angehörige unter den Auswirkungen von Schizophrenie. *Gerhard Schmutz*

Schizophreniekranken werden stigmatisiert

«Das ist schizophrene.» Das liest oder hört man immer wieder, wenn eine Situation oder das Verhalten eines Menschen seltsam oder widersprüchlich erscheint. Doch diese Ausdrucksweise, ob von Journalisten oder Politikern, ist diskriminierend für Menschen, die an Schizophrenie erkrankt sind.

Schizophrenie ist eine der schwersten psychischen Krankheiten. Menschen mit Schizophrenie hören Stimmen oder nehmen Dinge wahr, welche andere Menschen nicht wahrnehmen. Für den Betroffenen kann es höchst verwirrend sein, wenn die eigene Wahrnehmung nicht mehr mit jener anderer Menschen übereinstimmt. Viele Betroffene leiden dabei an grossen Ängsten und ziehen sich immer mehr aus dem Sozialleben zurück.

Etwa 1 Prozent aller Menschen sind von der Krankheit Schizophrenie betroffen, weltweit in allen Gesellschaften, Bevölkerungsschichten und durch die Zeiten hindurch. Bei jedem Betroffenen sind auch Familienangehörige und Freunde von den Auswirkungen der Krankheit mitbetroffen. Für den Kanton Bern heisst das, dass rund 40 000 Menschen unter den Auswirkungen einer Schizophrenie zu leiden haben. Trotz Anstrengungen der Forschung weiss man sehr wenig über die Gründe für das Auftreten und die Behandlungsmöglichkeiten. Das heisst für die Betroffenen häufig, dass sie über lange Zeit mit grossem Leid und mit unsicheren Perspektiven leben müssen. Vielfach tritt die Krankheit im Alter von 15 bis 25 Jahren auf. Es gibt verschiedenste Formen, und die Behandlung mit Medikamenten führt oft zu unerwünschten und einschränkenden Nebenwirkungen wie massiver Gewichtszunahme oder Antriebsverlust.

Das Stigma dieser psychischen Krankheit ist sehr einschneidend und kann zusätzlich zur eigentlichen Erkrankung die Lebensqualität der Betroffenen und deren Angehörigen massgebend verschlechtern. Die unsachgemässe Verwendung von «schizophren» fördert diese Stigmatisierung, die den Gesundungsprozess zusätzlich erschweren kann. Eine psychische Störung kann durch soziale Ausgrenzung verstärkt oder chronifiziert werden.

Schätzungsweise etwa 15 Prozent der Menschen hören Stimmen – nicht alle sind krank. Auf «innere Stimmen hören» kann je nach Situation förderlich, wichtig, stärkend oder auch schädlich sein. Der an Schizophrenie Erkrankte ist diesen Stimmen machtlos

ausgesetzt. Die betroffenen Menschen werden häufig mit Medikamenten «ruhig gestellt» und die Stimmen werden unterdrückt. Dabei könnte es ein wichtiger Prozess sein, zu lernen, mit diesen Stimmen ins Gespräch zu kommen und sie produktiv zu nutzen. Obwohl viele Berichte von psychoseerfahrenen Menschen darauf hindeuten, dass in der Psychose auch Sinnvolles erlebt werden kann, erhalten Betroffene für die Deutung ihrer Erlebnisse wenig Unterstützung durch die moderne Psychiatrie.

Hilfe dort, wo sie nötig ist

Der Kanton Bern hat immer noch drei grosse Kliniken, die im 19. Jahrhundert Standard waren, aber längstens durch Quartierzentren wie etwa das gemeindepsychiatrische Zentrum Bern-West, ersetzt werden sollten. Zusätzlich sind mobile Equipen flächendeckend zu installieren, damit die psychiatrische Hilfe dort erbracht wird, wo sie benötigt wird, nämlich zu Hause. Solche Equipen sind nicht nur die effektivste, sondern auch die günstigste Art der psychiatrischen Versorgung der Bevölkerung. Erkrankte brauchen nicht in erster Linie «Klinik-Betten», sondern niederschwellige, nicht stigmatisierende Hilfe von gut ausgebildeten Fachleuten, die rasch erreichbar sind, sie zu Hause behandeln und nur im Notfall in ein Spital mit einer psychiatrischen Abteilung einweisen. Gute Beispiele gibt es etwa in Finnland, England oder Deutschland.

Nach einem Klinikaufenthalt fehlt oft eine funktionierende Anschlusslösung, was zu Rückfällen führen kann. Hier könnten psychiatrieerfahrene Menschen als Begleiter eingesetzt werden, die aufgrund einer Ausbildung, wie sie die Berner Fachhochschule anbietet, dafür qualifiziert sind.

Dringend nötig sind Informationen zur Krankheit und zum Leben mit Schizophrenie. Die Angehörigenvereinigung Schizophreniekranker will die Diskriminierung abbauen und hilft Hoffnung und Selbstvertrauen schaffen, damit die Auswirkungen dieser rätselhaften Krankheit besser bewältigt werden können. Um der Stigmatisierung entgegenzuwirken, ist es uns wichtig, dass «schizophren» sachgerecht und nur in Zusammenhang mit der Krankheit Schizophrenie verwendet wird.

Gerhard Schmutz ist Präsident der Vereinigung der Angehörigen von Schizophreniekranken (VASK) www.vaskbern.ch

Leserbrief Mehrjährige Blockade an der Aare ist überwunden, «Bund» vom 27. Oktober

Mit dem Hochwasserschutzbau geht viel verloren

Uralte Eichen, Weiden, Buchen, Bäume, die der Berner Bevölkerung Erholung, Trost und Schönheit brachten, sind gefällt am Aareufer stadtauswärts Richtung Muri. Schutz vor Hochwasser, Schutz fürs Fährbeizli, Gewährung der Trinkwasserversorgung werden als Gründe genannt.

Was durch die Zerstörung der Natur an Seelenwärme verloren geht, spielt

Leserbriefe auf der Homepage aufgeben unter www.leserbriefe.derbund.ch

in unserer Gesellschaft keine Rolle mehr. Damit wir das überhaupt aushalten können, werden uns virtuelle (Schein-)Welten serviert, und man versucht uns weiszumachen, dass das ja alles nur zu unserem Vorteil geschieht. Arme Welt.

*Regula Siegfried
Bern*

Der Bund

Verleger: Pietro Supino
Gesamtauflage BZ/«Bund»: 173 684 WEMF/SW-beglaubigt
Redaktion: Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern
Tel. 031 385 11 11, Fax 031 385 11 12
Verlag: Der Bund, c/o Espace Media AG,
Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern
Tel. 031 330 31 11, Fax 031 330 36 86

Redaktionsleitung:
Chefredaktor: Artur K. Vogel (akv)
Stellvertretender Chefredaktor: Patrick Feuz (paf)
Chef vom Dienst: Beat Stähli (sbb)
Zentralredaktion: Jürg Sohm (soh)
Lokale Ressorts: Bernhard Ott (bob)

Website: www.derbund.ch
E-Mail: redaktion@derbund.ch

Leitung Espace Media: Ueli Eckstein
Inserate: Berner Zeitung, Dammweg 9,
Postfach, 3001 Bern

Telefonische Anzeigenannahme:
Tel. 031 330 33 10, Fax 031 330 35 71

E-Mail: rubriken@espacemedia.ch
ISDN-Nr. 031 348 02 40 (2-Kanal)

Technischer Kundendienst: Anzeigen
Tel. 031 330 35 61. Für Todesanzeigen
ausserhalb der Bürozeit: Fax 031 330 35 71.

Anzeigenannahme auch bei allen Publicitas-Filialen Schweiz: Publicitas Bern,
Tel. 031 384 13 84, Fax 031 384 14 91

Abonnementspreise: 24 Monate 798.–, 12 Monate
Fr. 434.–, 6 Monate Fr. 235.–, 3 Monate Fr. 126.–, 40%
Studenten- und Ausbildungsrabatt. Bitte Ausweis
mitschicken. Die Preise verstehen sich inkl. 2.5% MWST.

Einzelnummer Fr. 3.70 (Mo-Fr) / Fr. 4.20 (Sa).
Abonnemente: Tel. 0844 385 144 (Lokaltarif),
Fax 0844 031 031 (Lokaltarif), E-Mail: abo@derbund.ch
Umleitungen und Unterbrüche: Fr. 6.– (Bearbeitungsge-
bühr), kostenlos auf www.derbund.ch/abo. Unterbrüche
werden ab dem 1. Tag vergütet.

Ombudsmann: Ignaz Staub, Postfach 837, 6330 Cham 1;
E-Mail: ombudsmann.tamedia@bluewin.ch.
Copyright-Regelung: Vergleiche grosses
Impressum in der Montag-Ausgabe.